

Dienstag 21. Januar 2020

Nummer 875

Der Newsletter als PDF

Die Stiftung auf  und 

App der Robert Schuman Stiftung download über [Appstore](#) und [Google Play](#)

— Ich unterstütze die Robert Schuman-Stiftung —

Wettbewerbspolitik und Industriepolitik: Reform des europäischen Rechts

Autoren: Bruno Deffains, Olivier d'Ormesson, Thomas Perroud



Das Scheitern bestimmter Fusionsprojekte, wie z.B. Alstom/Siemens stellt die Unzulänglichkeit oder sogar die mangelnde Modernität des europäischen Wettbewerbsrechts und seinen Platz im Verhältnis zu anderen Zielen der öffentlichen Politik in Frage. Weitere Herausforderungen ergeben sich: Einerseits steht das geltende Recht vor den Herausforderungen der digitalen Wirtschaft, andererseits

berücksichtigt das europäische Wettbewerbsrecht den internationalen Wettbewerb nicht ausreichend. Sollte nicht eine Neugewichtung zwischen der Wettbewerbspolitik und der Industriepolitik vorgenommen werden, damit die Ziele der letzteren umgesetzt werden können?

Fortsetzung

Übersicht

Stiftung : Preis/Journalismus **Kommission** : Grüner Deal - Soziales - DiscoverEU - Haushalt/Portugal - Entwicklungshilfe - Recht/Polen **Parlament** : Zukunft/Europa - Verteidigung - Ungarn/Polen - Grüner Pakt - EU-UK **Rat** : Eurogruppe **Diplomatie** : Libyen - Iran - EU/Welt **Gerichtshof** : Antiterroorkampf - Ungarn **Deutschland** : Energie **Frankreich** : G5/Sahel **Irland** : Wahlen - Zukunft/EU **Malta** : Regierung **Tschechische Republik** : Österreich **Großbritannien** : Schottland **Europarat** : Polen/Justiz - Italien/Frauen - Kasachstan **IWF** : Wachstum **WTO** : Subventionen/Industrie **Eurobarometer** : Transport/Personen **Eurostat** : Handel - Inflation **Berichte / Studien** : China/EU **Kultur** : Mozart/Salzburg - Kunst/London - Ausstellung/Basel - Messe/Brüssel

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Stiftung :

Deutsch-Französischer Journalistenpreis



Bewerbungen für den Prix Franco-Allemand du Journalisme 2020, dessen Partner die Stiftung ist, sind bis zum 1. März möglich. Der mit insgesamt 30.000 Euro dotierte Preis wird an Journalisten vergeben, die mit ihrer Arbeit zu einem besseren gegenseitigen Verständnis zwischen Frankreich und Deutschland im europäischen Kontext beitragen. Förderfähig sind Einzelgeschichten, Serien, Blogs und Dossiers in kurzen und langen Formaten in den Kategorien Video, Audio, Print und Multimedia... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Präsentation des Finanzierungsplans für den Grünen Pakt

Die Kommission stellte am 14. Januar ihren Investitionsplan "Grüner



Deal für Europa" vor, der in den nächsten 10 Jahren 1000 Milliarden Euro für die Finanzierung des ökologischen Wandels vorsieht. Der Plan umfasst insbesondere einen Mechanismus für einen gerechten Übergang, der 7,5 Milliarden Euro an neuen EU-Fördermitteln umfasst, eine Fazilität zur Mobilisierung von bis zu 45 Milliarden Euro an Investitionen und eine Fazilität der Europäischen Investitionsbank (EIB) für den öffentlichen Sektor, die aus dem Unions-Haushalt unterstützt wird, um 25 bis 30 Milliarden Euro an Investitionen zu mobilisieren... [Fortsetzung](#)

Programm für ein soziales Europa



Am 14. Januar stellte der Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, Nicolas Schmit, die Initiativen vor, die die Kommission im Bereich der Sozialpolitik im Jahr 2020 starten will. Die Kommission plant die Entwicklung einer Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter, ein europäisches System der Arbeitslosenversicherung und ein Grünbuch über die Alterung der Bevölkerung. Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten auch auf, im Rahmen des 2017 verabschiedeten Sozialpfeilers zu handeln... [Fortsetzung](#)

Fast 20 000 junge Menschen werden Europa im Jahr 2020 erkunden



Fast 20 000 junge Europäerinnen und Europäer im Alter von 18 Jahren wurden für die vierte und letzte Runde von DiscoverEU ausgewählt, einer Initiative der Union, die es jungen Menschen ermöglicht, die Mitgliedstaaten vor allem mit dem Zug zu entdecken. Sie erhalten ein Ticket, das sie ab April 2020 zur Reise berechtigt, und werden eingeladen, ihre Erfahrungen sowohl in sozialen Netzwerken als auch bei den verschiedenen DiscoverEU-Treffen, die im Laufe des Sommers organisiert werden, auszutauschen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Ablehnung des portugiesischen Haushaltsentwurfs



Die Kommission hat am 15. Januar bewertet, dass der von Portugal vorgelegte Haushalt 2020 das Risiko einer Nichteinhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts birgt. Man fordert die portugiesische Regierung auf, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um im Jahr 2020 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen... [Fortsetzung](#)

Humanitäre Hilfe der EU für 2020



Die Kommission hat am 20. Januar den jährlichen Haushalt der EU für humanitäre Hilfe für 2020 in Höhe von 900 Millionen Euro angenommen. Die Europäische Union ist der weltweit größte Geber von humanitärer Hilfe und unterstützt Menschen in mehr als 80 Ländern. Die Stiftung veröffentlichte am 13. Januar eine Studie zu diesem Thema... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Anrufung des Europäischen Gerichtshofs zum Schutz der polnischen Richter



Am 14. Januar beantragte die Kommission beim Europäischen Gerichtshof die Aussetzung der Tätigkeit der Tätigen der 2018 eingerichteten Disziplinarkammer des polnischen Obersten Gerichtshofs. Dies steht im Zusammenhang mit dem laufenden Vertragsverletzungsverfahren bezüglich des neuen Disziplinarregimes in Polen, das nicht die notwendigen Garantien bietet, um die Richter vor möglicher politischer Kontrolle zu schützen. Der EuGH hatte den polnischen Gerichtshof bereits im November 2019 gebeten, die Unabhängigkeit dieser Kammer zu überprüfen, aber dieser Bitte wurde nicht entsprochen... [Fortsetzung](#)

Parlament :

Visionen für die Konferenz über die Zukunft Europas



Am 15. Januar haben die Abgeordneten mit 494 gegen 147 Stimmen eine Resolution angenommen, in der sie ihre Vision für die Konferenz über die Zukunft Europas, die dieses Jahr eröffnet wird, darlegen. Sie wollen eine aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere durch die Einrichtung thematischer Bürgerforen, die sich aus Bürgervertretern zusammensetzen, die durch das Los bestimmt werden. Sie sind der Ansicht, dass das System der Spitzenkandidaten und der transnationalen Listen während der Konferenz diskutiert werden sollte, und fordern, dass sich der Rat und die

Kommission zu einer möglichen Änderung des Vertrags verpflichten... [Fortsetzung](#)

Bericht über die Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik



Am 15. Januar haben die Abgeordneten mit 364 zu 266 Stimmen bei 77 Enthaltungen den Jahresbericht über die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU angenommen. Die europäische Verteidigung ist weit von einem Konsens entfernt, und der Berichterstatter Arnaud Danjean (EVP, FR) musste sich stark dafür einsetzen, um die Idee der "strategischen Autonomie" der EU zu verteidigen, insbesondere gegenüber den USA... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Rechtsstaatlichkeit in Polen und Ungarn



Die Abgeordneten nahmen am 16. Januar eine Entschließung an, in der der Rat aufgefordert wird, regelmäßige und strukturiertere Anhörungen mit Ungarn und Polen gemäß Artikel 7 EUV über Maßnahmen im Falle einer Verletzung der Grundwerte durchzuführen. Die Abgeordneten fordern den Rat auf, konkrete Empfehlungen an die betroffenen Länder zu geben und den Wunsch zu äußern, formell an den Anhörungen mit den nationalen Behörden beteiligt zu werden. Sie betonen auch die "absolute Notwendigkeit", einen Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte einzurichten... [Fortsetzung](#)

Aufruf zu mehr Klimaambitionen



In einer am 15. Januar angenommenen Entschließung unterstützten die Abgeordneten den von der Kommission vorgeschlagenen Europäischen Grünen Pakt. Sie fordern eine beschleunigte Reduzierung der Treibhausgasemissionen um mindestens 55% im Jahr 2030 gegenüber 1990, während die Kommission "mindestens 50% und ein Ziel von 55%" vorschlägt... [Fortsetzung](#)

Resolution zu den Bürgerrechten nach dem Brexit



In einer am 15. Januar angenommenen Entschließung äußerten die Abgeordneten ihre Besorgnis über die Regelungen zur Erlangung eines dauerhaften Aufenthaltsstatus für EU-Bürger, die nach dem Verlassen der EU in Großbritannien leben. Sie betonen, dass sie bei ihrer Abstimmung über die Annahme der Rückzugsregelung, die für den 29. Januar vorgesehen ist, "die gesammelten Erfahrungen und die gegebenen Zusicherungen" bezüglich der Bürgerrechte berücksichtigen werden. Sie fördern die Einrichtung einer gemeinsamen Kontrolle zwischen dem europäischen und dem britischen Parlament in dieser Frage... [Fortsetzung](#)

Rat :

Schlussfolgerungen der Eurogruppe



Die Eurogruppe, die am 20. Januar zusammentrat, diskutierte die Schlussfolgerungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) zur Eurozone und die Empfehlungsentwürfe der Kommission für 2020. Die 19 Minister forderten Portugal auf, seinen Haushaltsplanentwurf zu überarbeiten und dabei die von der Kommission ermittelten Risiken zu berücksichtigen, und führten einen Meinungsaustausch über die Vertiefung des Wirtschafts- und Währungsraums. Die neuen Finanzminister von Spanien, Finnland und Österreich stellten ihre Prioritäten vor... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

Konferenz zu Libyen in Berlin



Eine Konferenz zur Lage in Libyen brachte am 19. Januar in Berlin 12 Länder, darunter Deutschland, Frankreich, Russland, die Türkei, China und die USA, sowie die Europäische Union, die Vereinten Nationen und die Afrikanische Union zusammen. Die Teilnehmer verpflichteten sich, nicht in den libyschen Bürgerkrieg einzugreifen und das Waffenembargo zu respektieren. Sie forderten die Entwaffnung der beteiligten Kräfte. Jedoch wurde kein Waffenstillstand vereinbart... [Fortsetzung](#)

Iranisches Atomabkommen: Erklärung und Treffen



Angeichts der mehrfachen Verstöße gegen das iranische Atomabkommen von 2015 kündigten die Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands in einer Erklärung vom 14. Januar ihre Entscheidung an, sich an den Streitbeilegungsmechanismus des JCPOA zu wenden, um den Iran zur Einhaltung seiner Verpflichtungen aus dem Abkommen zu bewegen. Der europäische Diplomatiechef Josep Borell und der iranische Außenminister Mohammad Javad Zarif vereinbarten bei einem Treffen am 16. Januar in Neu Delhi, in den kommenden Wochen engen Kontakt zu halten und sich weiterhin für die Einhaltung des Abkommens einzusetzen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Schlussfolgerungen des Rates Auswärtige Angelegenheiten



Die Außenminister wurden bei ihrem Treffen am 20. Januar über die Ergebnisse der am Vortag in Berlin abgehaltenen Libyen-Konferenz informiert und erörterten die Rolle der Union bei der Verbesserung der Umsetzung des Waffenstillstands und des UN-Waffenembargos. Sie brachten ihren Wunsch zum Ausdruck, die "Sahel-Strategie", nach der jüngsten Verschlechterung der Sicherheitslage in der Region, zu erneuern und zu vertiefen, ebenfalls betonte man die Notwendigkeit, die Aktivitäten zur Sensibilisierung für den Klimawandel bei Drittländern zu intensivieren. Schließlich erörterten sie die Lage im Nahen und Mittleren Osten und brachten ihre Unterstützung für den Präsidenten der Nationalversammlung von Venezuela, Juan Guaido, zum Ausdruck... [Fortsetzung](#)

Gerichtshof :

Schlussanträge des Generalanwalts zu den Methoden der Terrorismusbekämpfung



In seinen Schlussanträgen vom 15. Januar entschied der Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofs, dass die Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation Anwendung findet, wenn Diensteanbieter gesetzlich verpflichtet sind, Teilnehmerdaten aufzubewahren und den Behörden Zugang zu ihnen zu gewähren, und dass die Mittel und Methoden zur Bekämpfung des Terrorismus den Anforderungen der Rechtsstaatlichkeit entsprechen müssen. Sie erkennt den Nutzen einer Verpflichtung zur Vorratsdatenspeicherung zum Schutz der nationalen Sicherheit und zur Verbrechensbekämpfung an. Er befürwortet daher eine begrenzte und differenzierte Speicherung und einen begrenzten Zugang zu diesen Daten... [Fortsetzung](#)

Schlussanträge der Generalanwalts zum ungarischen NGO-Gesetz



In einem am 14. Januar veröffentlichten Schlussantrag prangerte der Generalanwalt des Gerichtshofs die stigmatisierende Wirkung der in Ungarn auferlegten Beschränkungen für die Finanzierung von NGOs aus dem Ausland an. Er ist der Ansicht, dass das Gesetz mehrere Grundrechte der Union verletzt, da die Veröffentlichung von Daten einen Eingriff in das Recht auf Schutz der Privatsphäre und persönlicher Daten sowie auf Vereinigungsfreiheit darstellt... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Nationale Strategie für die Bioökonomie



Die Bundesregierung hat am 15. Januar ihre nationale Strategie für die Bioökonomie vorgestellt, die den Rahmen für eine nachhaltige Entwicklung und Nutzung der biologischen Ressourcen sowie für ökologische und naturverträgliche Produktionsverfahren in allen Wirtschaftsbereichen vorgibt... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

G5 Sahel in Pau

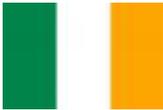


Die Präsidenten der G5-Sahelstaaten (Frankreich, Niger, Tschad, Mauretanien, Burkina Faso und Mali) trafen sich am 13. Januar in Pau. Sie unterzeichneten eine Erklärung, in der sie ihren Wunsch zum Ausdruck brachten, das "militärische Engagement Frankreichs in der Sahelzone" fortzusetzen. Der französische Präsident kündigte die Entsendung von 220 zusätzlichen Truppen in die Region an, um die Truppen der Operation Barkhane (derzeit 4.500 Personen) zu verstärken. Eine Gruppe europäischer Spezialeinheiten, die "Task Force Takuba", ist geplant. Am Rande des Europäischen Rates im März soll ein EU-Sahel-Gipfel stattfinden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Irland :

Auflösung des Parlaments und vorgezogene Wahlen am 8. Februar



Der irische Premierminister Leo Varadkar kündigte am 14. Januar die Auflösung des Parlaments und die Abhaltung vorgezogener Parlamentswahlen am 8. Februar an, kurz nach dem Brexit und der Aufnahme von Verhandlungen über die Zukunft der Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Besuch von Ursula von der Leyen



[Fortsetzung](#)

Am 15. Januar begrüßte der irische Premierminister Leo Varadkar die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bei ihrem ersten offiziellen Besuch in der Republik Irland. Die beiden diskutierten über die Verhandlungen zum Brexit, die neue GAP und die Finanzierung des Peace-Plus-Programms für Nordirland und die Grenzgrafschaften...

[Andere Links](#)

Malta :

Neue maltesische Regierung



[Angelegenheiten... Fortsetzung](#)

Der neue maltesische Premierminister Robert Abela stellte am 15. Januar seine Regierung vor. Sie besteht aus 17 Ministern, darunter 2 Frauen. Umwelt und Planung sind in einem einzigen Ressort zusammengefasst, ebenso wie auswärtige und europäische

[Andere Links](#)

Tschechische Republik :

Treffen zwischen den Ländern der Visegrad-Gruppe und Österreich



[Mehrwahreshaushalt der EU... Fortsetzung](#)

Am 16. Januar trafen sich die Premierminister der Visegrád-Gruppe (Tschechien, Polen, Ungarn und Slowakei) und der österreichische Bundeskanzler in Prag. Sie diskutierten über Migration, Grenzsicherheit, Wettbewerbsfähigkeit, Erweiterung, Klimawandel und den

Großbritannien :

Boris Johnson lehnt ein Referendum über die Unabhängigkeit Schottlands ab



[Regierung kann ohne die Einwilligung Londons kein Referendum abhalten... Fortsetzung](#)

Der britische Premierminister Boris Johnson hat einen Brief an die schottische Regierungschefin Nicola Sturgeon gesandt, in dem er ihre Bitte vom 19. Dezember, für eine offizielle Erlaubnis für die Organisation eines neuen Referendums über die Unabhängigkeit Schottland, nicht entspricht. Im Jahr 2014 hatten die Schotten mit 55 % für den Verbleib im Vereinigten Königreich gestimmt. Die schottische

[Andere Links](#)

Europarat :

Stellungnahme der Venedig-Kommission zu den polnischen Justizreformen



insbesondere die so geschaffenen neuen Disziplinarverfahren, die subjektiv interpretiert werden können. Sie betonte auch, dass der Einfluss des Justizministers auf Disziplinarverfahren im Falle der Verabschiedung des Gesetzes verstärkt würde. Am 17. Januar lehnte der polnische Senat die Vorlage ab, die nun an den Sejm zurückgegeben werden muss... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Bericht über Gewalt gegen Frauen in Italien



Die Expertengruppe des Europarates zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (GREVIO) fordert Italien in einem am 13. Januar veröffentlichten Bericht auf, mehr Maßnahmen zum Schutz von Frauen vor Gewalt zu ergreifen. Er begrüßt die Gesetze zur Bekämpfung von Belästigung, bedauert jedoch den starken Widerstand gegen Initiativen zur Gleichstellung der Geschlechter. Die Gruppe fordert die Behörden auf, einen koordinierten, behördenübergreifenden Ansatz zur Bekämpfung der Problematik zu entwickeln sowie die Bereitstellung spezialisierter Unterstützungsdienste und die

Einrichtung von Krisenzentren für die Opfer sexueller Gewalt zu verbessern...
[Fortsetzung](#)

Kasachstan wird der 50. Mitgliedstaat von GRECO



Kasachstan trat am 1. Januar offiziell der Gruppe der Staaten gegen Korruption (GRECO) bei und wurde deren 50. Mitglied. Die GRECO umfasst nun die 47 Mitgliedsstaaten des Europarates sowie die USA, Weißrussland und Kasachstan... [Fortsetzung](#)

IWF :

Globale Wachstumsprognosen



Der Internationale Währungsfonds hat am 20. Januar seinen Weltwirtschaftsausblick für 2020 veröffentlicht. Das weltweite Wachstum, das für 2019 auf 2,9% geschätzt wurde, dürfte im Laufe des Jahres auf 3,3% und dann auf 3,4% im Jahr 2021 ansteigen und damit unter den Prognosen des im Oktober letzten Jahres veröffentlichten Ausblicks liegen. Trotz der vielen politischen und kommerziellen Unsicherheiten weist der IWF dennoch auf das Auftreten von Anzeichen einer Stabilisierung des weltweiten Wachstums hin, insbesondere dank der Annahme von Maßnahmen zur Lockerung der Geldpolitik im Jahr 2019... [Fortsetzung](#)

WTO :

Gemeinsamer Standpunkt EU-USA-Japan zu Industriesubventionen



Die Europäische Union, die Vereinigten Staaten und Japan einigten sich am 14. Januar auf Vorschläge zur Verstärkung des Kampfes gegen marktverzerrende Industriesubventionen innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO). Sie fordern gemeinsam strengere Regeln im Rahmen einer Reform der WTO... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Eurobarometer :

Umfrage zu Passagierrechten



Laut einer am 13. Januar veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage sind sich 43% der europäischen Bürger, die in den letzten 12 Monaten mit dem Flugzeug, auf der Straße, dem Schiff oder der Schiene eine lange Strecke zurückgelegt haben, bewusst, dass es auf europäischer Ebene Passagierrechte gibt. Die Ergebnisse dieser Umfrage werden in die beiden von der Kommission eingeleiteten Gesetzgebungsverfahren zu den Rechten von Bahn- und Flugpassagieren einfließen, um diese Rechte zu stärken und sie den Bürgern besser bekannt zu machen... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

Handelsüberschuss



Die Eurozone verzeichnete im November 2019 einen Überschuss von 20,7 Milliarden Euro im internationalen Warenhandel mit der übrigen Welt, gegenüber 18,2 Milliarden Euro im November 2018, so die am 15. Januar von Eurostat veröffentlichten Zahlen. Die Europäische Union verzeichnete einen Überschuss von 2,6 Milliarden Euro im internationalen Warenhandel mit dem Rest der Welt... [Fortsetzung](#)

Steigende Inflationsrate



Nach den am 17. Januar veröffentlichten Eurostat-Zahlen lag die jährliche Inflationsrate in der Europäischen Union im Dezember 2019 bei 1,6% gegenüber 1,3% im November. und in der Eurozone bei 1,3% gegenüber 1% im Vormonat... [Fortsetzung](#)

Berichte / Studien :

Bericht über europäische Unternehmen und die neue chinesische Seidenstraße



Laut einer am 16. Januar von der Handelskammer der Europäischen Union in China veröffentlichten Studie sind europäische Unternehmen gegenüber Chinas gigantischem Projekt Neue Seidenstraße noch skeptisch, da es in dem Projekt noch viele Unklarheiten gibt. Von 132

Unternehmen, die an der Studie teilnahmen, haben nur 20 Angebote für Projekte im Zusammenhang mit dieser Initiative abgegeben. Das Seidenstraßen Projekt wird wegen seiner mangelnden Transparenz kritisiert und es besteht der Verdacht, dass die Entwicklungsländer zu einer übermäßigen Verschuldung für Projekte ohne wirtschaftlichen Nutzen ermutigt werden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Kultur :

Mozartwoche in Salzburg



Vom 23. Januar bis 2. Februar ehrt Salzburg seinen bekanntesten Komponisten, Wolfgang Amadeus Mozart. Die besten internationalen Künstler werden anwesend sein und an mehr als fünfzig Musikveranstaltungen mitwirken... [Fortsetzung](#)

Londoner Kunstmesse



Vom 22. bis 25. Januar findet im Business Design Centre in London die 32. Londoner Kunstmesse, die größte Messe für zeitgenössische Kunst in Großbritannien, statt. Eine Gelegenheit, sowohl die großen Namen der modernen Kunst als auch aufstrebende Talente der zeitgenössischen Kunst zu entdecken... [Fortsetzung](#)

Edward Hopper in Basel



Vom 26. Januar bis zum 17. Mai präsentiert die Stiftung Beyeler eine Retrospektive der Werke des amerikanischen Malers Edward Hopper. Das Hauptthema der Ausstellung, die Aquarelle und Ölgemälde zusammenführt, sind die Stadtlandschaften der USA zu Beginn des 20. Jhds... [Fortsetzung](#)

Brüsseler Kunst- und Antiquitätenmesse



Die Brussels Art Fair (BRAFA), eine der renommiertesten Messen für moderne und zeitgenössische Kunst, Design und Antiquitäten in Europa, findet vom 26. Januar bis zum 2. Februar auf dem Gelände von Tour & Taxis in Brüssel statt... [Fortsetzung](#)

Agenda :



21. Januar 2020
Brüssel
Rat Wirtschaft und Finanzen



23. Januar 2020
Frankfurt am Main
Sitzung des EZB-Rates der Europäischen Zentralbank



23. bis 24. Januar 2020
Zagreb
Informelles Treffen der Minister für Justiz und Inneres



27. Januar 2020
Brüssel
Rat Landwirtschaft und Fischerei

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



👍 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Stefanie Buzmaniuk, Helen Levy ;
Zélie Barbet, Camille Boulat, Myriam Benallaoua
Chefredakteur : Eric Maurice
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? [{LINK}](#)